

16/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Im deutschen Interesse:

Großes Europa, große Zukunft.

Christdemokraten bauen Europa



Im Zeichen dieses Slogans steht die Endphase des Europawahlkampfes, den die CDU unmittelbar nach Pfingsten begonnen hat. Diese Kampagne bedeutet für die Europa-Partei CDU eine große Werbe- und Informationsaktion für Europa, stellt Bundesgeschäftsführer Peter Radunski fest.

Sie ist ein Kampf gegen weitverbreitete Wahlmüdigkeit und soll müde Wahlmuffel munter machen. Je mehr es der Partei gelingt, die Bürger über die positiven Aspekte zu informieren, je größer wird die Bereitschaft, wählen zu gehen. Schließlich haben die Deutschen bisher von Europa mit am meisten profitiert und die CDU wird dafür sorgen, daß die deutschen Interessen in

Dokumentation: Rede von Helmut Kohl auf dem Europa-Kongreß der CDU im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Grüner Teil.

CDU-Anzeigen im Europawahlkampf

Am Dienstag, dem 16. Mai, ist die erste CDU-Anzeige in den regionalen Tageszeitungen erschienen. Weitere Anzeigen sind zu folgenden Terminen geplant:

30. Mai 1989

6. Juni 1989

9. Juni 1989

13. Juni 1989

16. Juni 1989

(Diese Termine können sich ändern, wenn aktuelle Anlässe dies notwendig machen.)

Darüber hinaus wird in einer großen Zahl ausgewählter Anzeigen-

blätter am 8. Juni 1989 eine Anzeige geschaltet.

Die Bundespartei belegt des weiteren die überregionalen Tageszeitungen, Wochenzeitschriften, Sonntagszeitungen und die Bild-Zeitung. Landwirte, Winzer und Mittelstand werden in den entsprechenden Medien mit einer gezielten Anzeige angesprochen.



(Fortsetzung von Seite 1)

Europa auch weiterhin gewahrt bleiben. Aber nur wer über Europa informiert, motiviert für Europa. Noch liegt die Bereitschaft wählen zu gehen, unter 50 Prozent.

Die CDU steht in ihrem Kampf gegen Wahlmüdigkeit und Informationsmangel ziemlich allein. Links- und Rechtsradikale sind gegen Europa und die SPD bekennt sich nur halbherzig.

Deshalb nutzt die CDU im Rahmen ihrer Mittel alle Möglichkeiten im Kampf gegen das noch immer weit verbreitete Desinteresse:

- Mit einem geschlossenen Plakatkonzept mit mehr als 25.000 Großflächen und rd. 700.000 Parteiplakaten.

- Mit einer Serie von Anzeigen in den Tageszeitungen.

- Mit von Mitgliedern der Partei verteilten Ausgaben der aktuellen Zeitung „Deutschland am Wochenende“ in einer Gesamtauflagenhöhe von 15 Millionen Exemplaren.

- Mit einer, bisher schon erfolgreichen, attraktiven Europa-Informationstournee „Euromarkt 2000“ quer durch die Bundesrepublik Deutschland.

- Mit Großkundgebungen, in denen Bundeskanzler Helmut Kohl im Mittelpunkt steht.

- Mit Werbe-Spots in den privaten Fernsehsendern und Radiostationen als medienpolitische Premiere in Deutschland.

Helmut Kohl:

Sowjetische Vorschläge ein Schritt in die richtige Richtung

Die neuesten sowjetischen Abrüstungsvorschläge gehen nach bisher bekannt gewordenen Einzelheiten in die richtige Richtung. Ich sehe darin auch ein Ergebnis meiner sowohl in Moskau als auch in den Regierungserklärungen aufgestellten Forderung an die Sowjetunion, ihre krasse Überlegenheit sowohl bei den konventionellen Streitkräften als auch bei den nuklearen Kurzstreckensystemen abzubauen.

Für die Bundesregierung bleibt ausschlaggebend und entscheidend, höhere Sicherheit mit weniger Waffen und weniger Soldaten zu erreichen. Wir wollen erreichen, daß die Sowjetunion — wie schon die NATO — nicht fähig ist zu Überraschungsangriffen und zur Invasion. Dazu gehört wachsendes gegenseitiges Vertrauen, und wir wollen insbesondere vertrauensbildende Maßnahmen, die beiden Seiten Klarheit vermitteln über die Stärke der Gegenseite.

Auch an diesen Maßstäben werden die neuen sowjetischen Vorschläge zu messen sein, die wir im übrigen sorgfältig mit unseren Bündnispartnern prüfen werden, sobald sie uns im einzelnen vorliegen.

Je rascher die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts abgebaut wird, desto besser sind die Aussichten für eine Verständigung über die nuklearen Kurzstreckensysteme. Deshalb drängt die Bundesregierung darauf, daß die Verhandlungen in Wien zügig vorankommen.

Die Gespräche im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis über ein Gesamtkonzept des Bündnisses sind in vollem Gange. Die von einer Arbeitsgruppe der Regierungskoalition ausgearbeitete Position — die ich am 27. April vor dem Bundestag ausführlich dargelegt habe — bietet dafür eine gute Grundlage. Ich habe allen Grund zur Zuversicht, daß bis zum NATO-Gipfel Ende dieses Monats volles Einvernehmen erzielt wird. ■

Zentrale Wahlkampfveranstaltungen des Bundeskanzlers

Donnerstag, 25. Mai 1989, 17.30 Uhr
Braunschweig, Burgplatz

Freitag, 26. Mai 1989, 19.00 Uhr
Rendsburg, Altstädter Markt

Samstag, 27. Mai 1989, 11.00 Uhr
Nürnberg, Hauptmarkt

Sonntag, 28. Mai 1989, 14.00 Uhr
Ludwigshafen, Ebert-Park

Donnerstag, 1. Juni 1989, 17.00 Uhr
Stuttgart, Marktplatz

Freitag, 2. Juni 1989, 17.00 Uhr
Bremen, Domshof

Samstag, 3. Juni 1989, 17.00 Uhr
Saarbrücken, Deutsch-Franz. Garten

Montag, 5. Juni 1989, 19.00 Uhr
Hamburg, Congress-Centrum (CCH)

Donnerstag, 15. Juni 1989, 19.00 Uhr
München, Marienplatz

Freitag, 16. Juni 1989, 17.00 Uhr
Frankfurt, Römerberg

Kanzler diskutierte mit dem RCDS aktuelle Hochschulprobleme

Zu einem ausführlichen Gespräch über die Lage an den Hochschulen empfing der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, im Bundeskanzleramt 15 Vertreter des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) unter Leitung des Bundesvorsitzenden Christian Schede. An dem Gespräch nahm auch der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Norbert Lammert, teil.

Die Studentenvertreter aus 12 verschiedenen Hochschulstädten schilderten in der mehr als vierstündigen Zusammenkunft die schwierigen Studienbedingungen, die sich aus der Überfüllung der Hochschulen ergeben. Der Bundesvorstand des RCDS begrüßte in diesem Zusammenhang das Hochschulsonderprogramm des Bundes, das jetzt auch die eigentlich zuständigen Länder mit entsprechenden Maßnahmen ergänzen müßten. Mit besonderer Dringlichkeit wiesen die Studentenvertreter auf die schwierige Wohnraumsituation für Studenten in großen Hochschulstädten hin.

Der Bundeskanzler unterstrich, wie wichtig gerade für ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland die Ausbildung des akademischen Nachwuchses sei. Seine Sympathie gelte der heutigen Studentengeneration, die oft zu Recht über die Studienbedingungen klage. Der Protest dagegen habe nichts mit dem ideologischen Studentenprotest der späten 60er Jahre zu tun. Zum besonders dringlichen Wohnungsproblem sagte der Bundeskanzler dem RCDS zu, sich hier rechtzeitig zum kommenden Wintersemester auch persönlich einzusetzen.

Zum Thema Umweltschutz betonten die Vertreter des RCDS, daß in den letzten Jahren ohne Zweifel erhebliche Fortschritte gemacht worden seien, aber auch für die Zukunft besonders in diesem Bereich politische Phantasie und Gestaltungskraft erforderlich blieben. Gemeinsam müsse auch verhindert werden, daß die europäische Einigung, die sich immer mehr mit dem Namen von Bundeskanzler Helmut Kohl verbinde, entweder von links- oder von rechtsaußen in Mißkredit gebracht werde. Bundeskanzler Helmut Kohl rief zu einer klaren inhaltlichen Auseinandersetzung mit den radikalen Gruppierungen auf, die die Abwendung von der Europäischen Gemeinschaft propagieren. Hier sei eine eindeutige Abgrenzung erforderlich.

Grüne und Gewalt

Die grüne Bundestagsabgeordnete Frau Beer warf der AL eine „schwachsinnige Distanzierung“ von den Autonomen in Kreuzberg vor. Angesichts des „jahrelangen Rassismus der Bullen in Berlin“ sei die AL mangelhaft auf den Gewaltausbruch am 1. Mai vorbereitet gewesen. Auch die Berliner Bundestagsabgeordnete Frau Fries verteidigte ihre gemeinsam mit anderen AL-Mitgliedern formulierte Erklärung, in der Verständnis für die Autonomen geäußert worden war — trotz deren „durchgeknallten Verhaltens“. Selbst der grüne Funktionär Schily gestand angesichts dieser Äußerungen ein, daß die „Fragen von Gewalt, Rechtsordnung und Staatlichkeit bei den Grünen ziemlich aus den Fugen geraten“ seien.

Höheres Wirtschaftswachstum bringt mehr Steuereinnahmen

Zum Ergebnis der mittelfristigen Steuerschätzung 1989 bis 1993 erklärte der Bundesminister der Finanzen, Theo Waigel, am 10. Mai 1989 vor der Bundes-Pressekonferenz in Bonn u. a.:

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat in den letzten Tagen in Berlin die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 1989 bis 1993 geschätzt. Der Arbeitskreis ging vom geltenden Steuerrecht aus mit der Ausnahme, daß die finanziellen Auswirkungen des heute vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und Förderung von Arbeitsplätzen in Privathaushalten bereits berücksichtigt wurden.

Unter voller Berücksichtigung der genannten Steueränderungsmaßnahmen ergibt die neue Schätzung für 1989 gegenüber der auf vergleichbares Recht umgerechneten letzten Schätzung Steuermehreinnahmen von

- + 2,1 Milliarden DM für den Bund,
- + 3,0 Milliarden DM für die Länder,
- + 0,7 Milliarden DM für die Gemeinden,
- + 0,3 Milliarden DM für die EG.

Das Ergebnis der Schätzung beruht vor allem auf dem weiterhin starken Wachstum der deutschen Wirtschaft. Es wird nach den Prognosen der Experten mit rund 3 v. H. stärker sein, als es im Herbst vergangenen Jahres bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts für 1989 erwartet wurde. Entsprechend höher sind die geschätzten Steuereinnahmen 1989. Dieses stärkere Wachstum macht es auch möglich, den Verzicht auf die Quellensteuer für Zinserträge zu verkraften, ohne

die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte zusätzlich zu belasten.

Das höhere Wirtschaftswachstum im Jahre 1989 wirkt sich schon positiv auf die jetzt vorgelegte mittelfristige Schätzung für die kommenden Jahre aus. Hinzu kommt, daß sich auch die Perspektive für die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung selbst, insbesondere im Bereich von Investitionen und Beschäftigungen, deutlich verbessert hat.

Dies zusammen führt auch ab 1990 zu erheblich höheren Steuereinnahmeschätzungen. Damit wird unsere längerfristig angelegte, auf stetige Verbesserung der Rahmen- und Wachstumsbedingungen zielende Finanz- und Steuerpolitik eindringlich bestätigt. Die Politik der Ausgabenbegrenzung in den öffentlichen Haushalten und der Senkung der Steuerlast bei Bürgern und Betrieben erweist sich als erfolgreicher Weg zur Stärkung der Wachstumskräfte, die ihrerseits für eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte sorgen.

SPD bestätigt erfolgreichen Finanzkurs der Union

Der Finanzexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Poß, bestätigte, daß für den Zeitraum 1989 bis 1992 mindestens mit 65,2 Mrd. DM mehr Steueraufkommen zu rechnen sei, als bei der letzten mittelfristigen Steuerschätzung im Mai 1988 noch angenommen wurde — und das trotz Steuerreform 1990. Poß spricht von „konjunkturbedingten“ Steuermehreinnahmen (Presseerklärung 8. 5. 1989). Dies bestätigt den erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzkurs der unionsgeführten Bundesregierung.

Beitrag zur Lösung der Probleme in den Krankenpflegeberufen

Das Bundeskabinett hat am 10. Mai 1989 die Situation in den Krankenpflegeberufen erörtert. Es hat die große Bedeutung dieses Berufsstandes für die Allgemeinheit unterstrichen und seinen Dank für die schwere und aufopferungsvolle Tätigkeit des Personals in den Pflegeberufen ausgesprochen.

Die Bundesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. Sie wird u. a.

- die Anrechnung von Krankenpflegeschülern auf den Stellenplan der Krankenhäuser günstiger gestalten sowie
- die Personalausstattung in der Psychiatrie gezielt verbessern.

Die Tarifvertragsparteien, die Krankenhausträger, die Spitzenorganisation der

Krankenkassen und die Länder sind aufgefordert, ihrer Verantwortung

- für eine gerechte Vergütung,
- für bessere Arbeitsbedingungen und
- für eine angemessene Personalausstattung in Krankenhäusern und Alteinrichtungen gerecht zu werden.

Zu einer Gesamtlösung müssen deshalb alle Beteiligten beitragen. Die Bundesregierung nimmt ihren Verantwortungsbereich ernst und fordert zu rascher Lösung der Probleme auf.

Alle müssen dafür sorgen, daß die Pflegeberufe nicht nur in der materiellen Vergütung und in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, sondern auch in der gesellschaftlichen Wertschätzung die ihnen gebührende Anerkennung finden.

Mehr Geld für Sozialhilfeempfänger

Die Einkommensgrenzen für die Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen werden ab 1. Juli dieses Jahres um drei Prozent erhöht. Der Bundesrat hat einer entsprechenden Verordnung zugestimmt. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen umfaßt etwa die Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, die Krankenhilfe, die Eingliederungshilfe für Behinderte sowie die Blindenpflege und Altenhilfe.

Der Grundbetrag der allgemeinen Einkommensgrenze wird von 810 DM auf 834 DM angehoben. Die besondere Einkommensgrenze, etwa bei der stationären Eingliederungshilfe für Behinderte oder

bei der Heimpflege, wird von 1.214 DM auf 1.250 DM erhöht. Für die Blindenhilfe und das häusliche Pflegegeld bei Schwerbeschädigten wird der bisherige Grundbetrag von 2.429 DM durch 2.502 DM ersetzt.

Gerda Dempwolf neue Aussiedlerbeauftragte

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat in ihrer Sitzung am 9. Mai die niedersächsische Abgeordnete Gerda Dempwolf zur Aussiedlerbeauftragten der Fraktion gewählt. Frau Dempwolf (Osterode) ist Mitglied des Bundes- und Landesvorstandes der Frauen-Union und hat sich neben ihrer Arbeit im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages seit langem für die Eingliederung der deutschen Aussiedler aktiv eingesetzt.

Norbert Blüm zu Arzneimittelfestbeträgen:

Entlastungen für Beitragszahler und Patienten

Hohe Anerkennung sprach Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherung für den zügigen ersten Schritt bei der Umsetzung der Gesundheitsreform im Arzneimittelbereich aus.

Die Spitzenverbände haben inzwischen Vorschläge für die ersten Arzneimittelfestbeträge abgegeben, die Medikamente von einem Gesamtumsatz in der gesetzlichen Krankenversicherung von ca. zwei Milliarden Mark betreffen. Für die Patienten bedeutet dies nach den Worten Blüms eine finanzielle Entlastung von rund 140 Millionen jährlich: „Mit dem Inkrafttreten der Festbeträge entfällt für diese Arzneimittel die Zuzahlung von drei Mark je Mittel. Die Patienten erhalten weiterhin qualitativ hochwertige

Medikamente in Zukunft ohne Zuzahlung.“

Blüm betonte weiter, daß diese Vorschläge den Weg frei machten für die erste Rate des Solidaropfers der Pharmaindustrie für die Beitragsstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung: „Viele Gegner der Festbeträge haben das nicht für möglich gehalten; jetzt sind sie widerlegt.“

„Qualität zum günstigen Preis“ das ist jetzt das Ziel der Festbeträge. Auf dem Weg dorthin haben die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung jetzt einen ersten Schritt gemacht. Ich gehe davon aus, daß umgehend weitere Schritte folgen, die dazu beitragen, unter Ausnutzung der Wirtschaftlichkeitsreserven eine optimale Versorgung der Patienten sicherzustellen“, erklärte Blüm.

Höhere Abwasserabgabe dient dem Umweltschutz

Um der Verschmutzung von Meeren und Flüssen einen weiteren Riegel vorzuschieben, hat das Bundeskabinett eine Verschärfung des Abwasserabgabengesetzes beschlossen. Wie Bundesumweltminister **Klaus Töpfer** (CDU) erklärte, soll 1991 die Abwasserabgabe von 40 auf 50 Mark und 1993 auf 60 Mark je Schadstoffeinheit angehoben werden. Außerdem müssen Industrie und Gemeinden künftig auch für die Einleitung von Phosphor und Stickstoff die Abwasserabgabe zahlen. Phosphor und Stickstoff gelten als wesentliche Verursacher der Überdüngung der Nord- und Ostsee und ihrer

Zuflüsse. Töpfer sagte, Ziel der Novelle sei es, Anreize zum Bau und für die Verbesserung von Kläranlagen zu geben. Mit der Verschärfung des Gesetzes soll erreicht werden, daß das Abwasser besser geklärt werde und nicht, daß mehr Abgaben gezahlt würden. Die Algenpest in Nord- und Ostsee vom vergangenen Jahr habe gezeigt, daß der Belastungsstand der Gewässer verbessert werden müsse.

Umweltminister Klaus Töpfer sagte im Bundestag, daß damit ein weiterer wichtiger Teil des von ihm im vergangenen Sommer nach dem dramatischen Robbensterben vorgelegten Zehnpunkteprogramms zur Rettung der Nord- und Ostsee vollzogen werde.

„Laubenpieperfest“

Berliner Senatorin will US-Kapelle nicht spielen lassen

Wenn einer in ein Amt kommt, kann er natürlich die politische Richtung bestimmen. Aber ohne Kontinuität in bestimmten Dingen läuft nichts. Man kann weder alle Mitarbeiter auswechseln noch alle schon vorgegebenen Termine platzen lassen. Und im Zweifel sind ausgesprochene Einladungen auch aufrechtzuerhalten.

Es ist ein Akt der Unhöflichkeit, eine zum „Laubenpieperfest“ eingeladene amerikanische Band auszuladen, wie es die Berliner Bundessenatorin Pfarr (SPD) vorhat. Besonders mies ist dabei die Tatsache, daß es sich um einen Affront gegen eine Schutzmacht handelt.

Berlin braucht die alliierten Uniformträger für seine Sicherheit seit vier Jahrzehnten. Ihrer Anwesenheit verdanken wir auch die Freiheit, die eigene Regierung wählen zu können. Davon profitiert auch die Senatorin, die nun eine uniformierte amerikanische Band ausladen will.

Heinrich Lummer: Wir müssen uns bei der Band und allen Amerikanern für diese Stillosigkeit und Unvernunft entschuldigen.

Vielleicht merkt die Dame sogar selbst, welchen Unfug sie anrichtet. Vielleicht merkt sie sogar bei der Suche nach Ersatz, daß auch das Orchester der Berliner Polizei sowie das der Stadtreinigung uniformiert ist, die Zollkapelle selbstverständlich auch. Auch ist zu hoffen, daß die Schöneberger Sängerknaben demnächst in der Bonner Residenz der Dame kein Auftrittsverbot erhalten, weil sie in uniformähnlichen Aufzügen auftreten.

Berliner Senat „deeskaliert“ den Schutz der Bürger

Die AL/SPD-Koalition steht schon wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt vor einem großen Scherbenhaufen ihrer „neuen Politik“. Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Dieppen: Die gewalttätige sogenannte Alternativszene hat sich bei den seit 1981 größten Ausschreitungen in der Stadt offensichtlich durch die innenpolitische Position des Senats zu massiver Gewaltanwendung und Straßenkampf mit der Polizei ermuntert gefühlt.

Sechs Wochen Amtszeit SPD/AL haben bereits zu einer massiven Verunsicherung der Polizeibeamten geführt. Da am 1. Mai nach vorliegenden Berichten mit Ausschreitungen gerechnet werden mußte, sind die Zahl der verletzten Polizeibeamten, die Plünderungen und Zerstörungen offensichtlich eine Folge der sogenannten „Deeskalation“, einer falschen, von der politischen Führung veranlaßten Polizeitaktik der Zurückhaltung. Der Senat hat damit seine Pflichten zum Schutz der Bürger und des Eigentums sowie die Fürsorgepflicht gegenüber Beamten verletzt.

Der Senat ist aufgefordert:

- Seine Position zur Gewalt zu korrigieren und sich zu dem einfachen Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staates durchzuringen.

- Seine Politik zu korrigieren, mit der er Verständnis für Gewalttäter, aber stets Mißtrauen gegen Polizei formuliert.

Eberhard Dieppen, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU: Ich fordere eine schnelle Hilfe für die Opfer der Gewalttätigkeiten.

Keine Regierung hat mehr für die Familien getan

Seit ihrer Amtsübernahme hat die Bundesregierung folgende Verbesserungen für die Familien beschlossen:

1. Steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten bei Alleinerziehenden von 4000 DM für das erste Kind und 2000 DM für jedes weitere Kind, mindestens jedoch ein Pauschbetrag von 480 DM je Kind seit 1. 1. 1985.

2. Erhöhung des Kinderfreibetrages von 432 DM auf 2484 DM ab 1. 1. 1986; nochmalige Erhöhung des Kinderfreibetrages auf 3024 DM ab 1. 1. 1990.

3. Erhöhung der steuerlichen Ausbildungsfreibeträge ab 1. 1. 1986 und erneut ab 1. 1. 1988.

4. Erhöhung des steuerlichen Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende parallel zur Verbesserung des Grundfreibetrages von 4212 DM auf 5616 DM in drei Stufen (1986, 1988 und 1990).

5. Verbesserung der steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen 1986 und 1990. Bis 1990 steigen die Höchstbeträge für die Unterstützung naher Angehöriger

- a) bis 18 Jahre auf 3024 DM
- b) über 18 Jahre auf 5400 DM.

6. Verdoppelung des sogenannten Realsplittings von 9000 DM auf 18000 DM ab 1986.

7. Erhöhung des Freibetrages für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe bzw. für Heimunterbringung von 1200 DM auf 1800 DM ab 1990.

8. Einführung eines Pflegepauschbetrages von 1800 DM ab 1990.

9. Ausdehnung des sogenannten Baukindergeldes auf Erstkinder ab 1. 1. 1987;

Aufstockung von 600 DM auf 750 DM je Kind ab 1990.

10. Verbesserungen beim Wohngeld (Familienanteil) ab 1. 1. 1986.

11. Zahlung von Kindergeld für Kinder im Alter zwischen 18 und 21 Jahren, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben, ab 1. 1. 1985.

12. Einführung eines Kindergeldzuschlages in Höhe von 46 DM für Geringverdienende.

13. Einführung eines Erziehungsgeldes von 600 DM pro Monat für die ersten zehn Lebensmonate ab 1. 1. 1986, Verlängerung auf zwölf Monate ab 1. 1. 1988, auf 15 Monate ab 1. 7. 1989 und auf 18 Monate ab 1. 7. 1990.

14. Einrichtung einer Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“, die mittlerweile ein Finanzvolumen von 130 Mio. DM aufweist.

15. Anerkennung eines Erziehungsjahres in der gesetzlichen Rentenversicherung für Mütter und Väter der Jahrgänge ab 1921 ab 1. 1. 1986; für Mütter und Väter der Jahrgänge vor 1921 ab 1. 1. 1987.

16. Erhöhung des Kindergeldes für das 2. Kind um 30 DM auf 130 DM ab 1. 1. 1990.

17. Einführung eines Sonderausgabenabzuges für bis zu 12000 DM bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträgen für Familien und Alleinerziehende, die entweder schwer- oder schwerstpflegebedürftige Angehörige oder als Alleinerziehende mindestens 1 Kind bis zum 10. Lebensjahr (als Verheiratete 2 Kinder bis zum 10. Lebensjahr) zu Hause betreuen, ab 1. 1. 1990.

Strukturelle Verbesserungen beim Kindergeld und beim Erziehungsgeld und -urlaub

Zu den gemeinsamen Beschlüssen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und des Bundeskindergeldgesetzes erklärt der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Paul Hoffacker:

Die Koalition hat sich vor Ostern geeinigt, das Kindergeld für das zweite Kind ab 1. Juli 1990 von 100 DM um 30 DM auf 130 DM zu erhöhen. Ebenso sollen Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in zwei Stufen auf insgesamt 18 Monate verlängert werden. Ab 1. Juli 1989 werden dann 15 Monate, ab 1. Juli 1990 18 Monate Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub gewährt. Im Rahmen der aufgrund dieser Vereinbarungen erforderlichen Änderung des Kindergeld- und Erziehungsgeldgesetzes halten die Familienpolitiker der Koalition einige strukturelle Bereinigungen in beiden Gesetzen für erforderlich.

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, im Zuge der Ausschußberatungen folgende Ergänzungen vorzunehmen:

a) Für jeden Mehrling wird Erziehungsgeld gewährt. Somit wird bei Zwillingen, Drillingen und weiteren Kindern, die während des Erziehungsurlaubs (der Erziehungsgeldzeit) geboren werden, in Zukunft ebenfalls Erziehungsgeld gezahlt. Durch diese Regelung wird sichergestellt, daß die Ungleichbehandlung bei Mehrlingsgeburten und der Erziehung von Mehrlingen gegenüber den Einzelkindern aufgehoben wird.

b) Ebenso soll das Erziehungsgeld auf Adoptivkinder bis zum Ablauf des dritten Lebensjahres ausgedehnt werden. Erziehungsgeld, das den leiblichen Eltern bereits vorher gewährt wurde, wird angerechnet.

Durch diese Regelung kann sichergestellt werden, daß den Adoptiveltern die Zuwendung zu ihren Kindern in der gleichen Weise wie zu neugeborenen Kindern ermöglicht wird.

c) Auszubildenden, die ihre Ausbildung nicht unterbrechen, soll ebenfalls Erziehungsgeld gezahlt werden. Hier erreichen wir zum einen eine Gleichstellung der Auszubildenden mit Schülerinnen und Studentinnen, die schon jetzt Erziehungsgeld auch bei Weiterführung der Ausbildung erhalten. Zum anderen kann durch diese Regelung einer schwierigen Lebenssituation, in der sich nicht selten die Frage des Schwangerschaftsabbruchs stellt, entgegengewirkt werden. Eine positive Lösung des Schwangerschaftskonflikts kann besser ermöglicht werden, wenn die betroffene Frau sowohl Erziehungsgeld erhält und gleichzeitig ihre Ausbildung weiterführen kann.

d) Die Grenze von 600 DM für die Nichtanrechnungsregelung in Zusammenhang mit der Regelung für Mehrlingsgeburten wird aufgehoben. Damit kommen gerade die sozial Schwachen in den Genuß der Vergünstigung der Mehrfachzahlung.

e) Ausländer erhalten künftig nur dann Erziehungsgeld, wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsbe-

Politischer Gewalt entgegenwirken

Die Initiative der Jungen Union Berlin, durch eine Sammlung den finanziellen Beitrag des Landes Berlins zur Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter aufzubringen, den der rot-grüne Senat in seinen Koalitionsvereinbarungen gestrichen hat, ist nur zu begrüßen.

Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, **Dorothee Wilms**: Ich freue mich darüber, daß gerade junge Menschen sich aktiv für den Erhalt der Erfassungsstelle einsetzen. Denn es zeigt mir, daß bei der jüngeren Generation ein starkes Bewußtsein für die Durchsetzung der Menschenrechte gerade in der DDR herrscht. Die Zentrale Erfassungsstelle ist von allen Landesjustizministern gemeinsam gegründet worden, um menschenrechtswidrige Gewalt- und Unrechtstaten in der DDR zu registrieren.

Angesichts unserer jüngsten Geschichte

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)
 rechtigung vorweisen können. Ebenso wird Kindergeld nur noch an geduldete Ausländer, die nicht abgeschoben werden, erst nach einem Jahr Aufenthalt gezahlt. Im Bereich des Erziehungsgeldgesetzes würden hierdurch Einsparungen gegenüber den Richtlinien von 80 Mio. DM gegenüber der Rechtslage nach Bundessozialgericht (Einbeziehung der Geduldeten auch schon vor einjährigem Aufenthalt) von 120 Mio. DM entstehen. Wir halten diese Änderungen, die im Rahmen der Ausschlußberatungen vorgenommen werden sollen, für einen Beitrag zu einer größeren sozialen Gerechtigkeit. Sie kommen überwiegend den sozial Schwächeren zugute und tragen zu einem kinderfreundlicheren Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland bei. ■

sind wir Deutschen besonders verpflichtet, politische Gewalt und politischem Unrecht entgegenzuwirken. Genau dazu dient die Erfassungsstelle in Salzgitter. Allein schon ihre Existenz verhindert manches Unrecht und wirkt abschreckend. Uns liegen zuverlässige Erkenntnisse darüber vor, daß mancher in der DDR vor Verstößen gegen Menschenrechte zurückschreckt, weil er die berechtigte Sorge hat, daß solche Übergriffe registriert werden und er dafür einmal zur Verantwortung gezogen werden kann. Diese präventive Wirkung darf nicht unterschätzt werden.

Angesichts der jüngsten Ereignisse an der Berliner Mauer wirkt die Haltung des Berliner Senats ungläubig. Man kann nicht in „Fernstenliebe,, die Verletzung von Menschenrechten in aller Welt anprangern, gleichzeitig aber vergleichbare Handlungen gegen unsere Landsleute ignorieren und sich wirksamer Maßnahmen dagegen verweigern.

Auch nach Auffassung der Bundesregierung muß die Zentrale Erfassungsstelle nicht für alle Zeiten bestehen. Jeder wäre glücklich, wenn es keine politischen Unrechtshandlungen in der DDR mehr zu erfassen gäbe. Die DDR hat es selbst in der Hand, die Situation so zu verändern, daß die Erfassungsstelle überflüssig wird.

Es wäre erfreulich, wenn die Aktion der Jungen Union Berlin ebenso wie die der Jungen Union Schleswig-Holstein auch insofern positiv verlaufen würde, daß der Berliner Senat, die Kieler Regierung und die SPD-Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg ihre Entscheidungen nochmals überdenken, mit denen sich aus dem Eintreten für die Menschenrechte in der DDR verabschiedet haben.

Asylrecht muß bis 1992 europaeinheitlich geregelt werden

Die Handhabung des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland führt zu einem überdurchschnittlich hohen Asylantenanteil bei uns, erklärt der Vorsitzende des Bundesausschusses Europapolitik der CDU, Bernhard Sälzer. Alle anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zusammen nehmen weniger Asylanten auf als die Bundesrepublik Deutschland allein. In neun von zehn Fällen handelt sich dabei um Scheinasylanten. Das Asylrecht wird mißbraucht. Es fehlen aber wirksam und schnell greifende Rechtsmittel, um diesen Mißbrauch abzustellen.

In der Asylpolitik zeichnen sich im Zuge der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes mögliche Änderungen ab. Der Wegfall der Kontrollen an den Binnen Grenzen stellt die einzelnen Staaten der Gemeinschaft vor die Aufgabe, rechtzeitig Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung von Asylbewerbern zu treffen und parallele oder einander folgende Asylverfahren in den Staaten der Gemeinschaft zu verhindern. Nur so können die Möglichkeiten zur Aufnahme von Flüchtlingen in Europa sinnvoll genutzt werden. Deshalb sollen die Bemühungen um eine Vereinheitlichung des Asylrechts einschließlich des Rechts der Visa-Erteilung in der Gemeinschaft beschleunigt vorangetrieben werden. Dabei wird in der Bundesrepublik Deutschland eine Grundgesetzänderung notwendig.

Erster Schritt zu einer Angleichung des Asylrechts muß es sein,

● jedem Asylbewerber das Recht auf Prüfung seines Asylantrages in einem der EG-Mitgliedstaaten zu gewährleisten und

● die Einreichung paralleler oder einander folgender Asylanträge in verschiedenen EG-Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Für die Durchführung des Asylverfahrens soll jeweils nur ein Mitgliedstaat der EG zuständig sein. Der für die Durchführung des Asylverfahrens zuständige Staat, in dem der Asylbewerber auch seinen Aufenthalt zu nehmen hat, soll nach festgelegten Kriterien bestimmt werden. Entscheidend ist dabei, daß der für die Einreise des Asylsuchenden verantwortliche Mitgliedstaat die Durchführung des Asylverfahrens zu übernehmen hat. ■

Zahl der Asylbewerber aus Jugoslawien rückläufig

Die im April gegenüber März und Februar stark rückläufige Zahl jugoslawischer Asylbewerber zeigt, daß die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen gegen den Asylmißbrauch greifen.

Aufgrund der in den letzten Monaten besonders hoch gestiegenen Asylbewerberzahlen aus Jugoslawien sah sich die Bundesregierung veranlaßt, das Visumabkommen mit Jugoslawien zu kündigen.

Die jugoslawische Regierung hat darauf angekündigt, durch eigene Maßnahmen den Mißbrauch des deutschen Asylrechts durch jugoslawische Staatsangehörige zu unterbinden. Die Bundesregierung hat die tatsächliche Einführung der Visumpflicht von der Wirksamkeit dieser angekündigten Maßnahmen abhängig gemacht und wird die weitere Entwicklung der Asylzahlen betreffend Jugoslawien sorgfältig beobachten.

Maßnahme zur Eingliederung von Aussiedlern und Übersiedlern

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Horst Waffenschmidt, erklärte zu dem am 10. Mai 1989 vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Festlegung eines vorläufigen Wohnsitzes für Aussiedler und Übersiedler:

Der Gesetzentwurf eröffnet den Ländern die wichtige Möglichkeit, für einen kurzen Zeitraum einen vorläufigen Wohnsitz für Aussiedler und Übersiedler festzulegen. Damit ist eine notwendige und wichtige Voraussetzung geschaffen, diesen Personenkreis schnell und wirksam in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland einzugliedern.

1988 betrug die Zahl der über die Aufnahmeeinrichtungen Aufgenommenen beider Gruppen über 240 000 Personen. Seit Anfang dieses Jahres wurden über 100 000 Aussiedler und mehr als 20 000 Übersiedler aufgenommen.

Angesichts dieser Entwicklung muß sich die Bundesrepublik Deutschland auf einen jährlichen Zugang von Deutschen aus den Aussiedlungsgebieten sowie aus der DDR und Berlin (Ost) in Größenordnungen einstellen, die die frühere Aufnahme von Aussiedlern und Flüchtlingen aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR in den vierziger und fünfziger Jahren bis zum Bau der Mauer in Berlin im Jahre 1961 übertrifft.

Durch den bisherigen Zugang ist ein Teil der Städte und Gemeinden bereits überlastet. Dort ist die vorläufige Unterbringung häufig nur in Notquartieren möglich. In andere Regionen sind dagegen

wenige Aussiedler oder Übersiedler gezogen; es gibt Gemeinden, in denen Wohnungen leer stehen.

Die Gesetzesvorlage sieht deshalb im einzelnen folgendes vor:

- Länder, die in ihrem Bereich dieses rechtliche Instrumentarium anwenden wollen, können Aussiedlern und Übersiedlern nach der Erstaufnahme unter bestimmten Umständen einen vorläufigen Wohnsitz zuweisen.

- Der Aufgenommene ist verpflichtet, den vorläufig zugewiesenen Wohnsitz zu nehmen, bis er an einem anderen Ort seiner Wahl ausreichenden Wohnraum auf nicht nur vorübergehende Dauer oder einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz findet; die Verpflichtung endet längstens nach zwei Jahren.

Auf die Einführung besonderer Sanktionen wurde bewußt verzichtet; die einzige Folgewirkung ist, daß eine andere als die Zuweisungsgemeinde nicht zur Betreuung und vor allem nicht zur öffentlichen Hilfe bei der Beschaffung von Unterkunft verpflichtet ist.

Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Verordnung u. a. einen Schlüssel für die Zuweisung von Aussiedlern und Übersiedlern zu ihrer Verteilung innerhalb des Landes festzulegen. Vorgeesehen ist der Erlaß als Zeitgesetz mit einer Geltungsdauer von drei Jahren. Hierzu möchte ich folgendes hervorheben:

1. Eine menschenwürdige Unterkunft ist auch eine bessere Voraussetzung dafür, für Aussiedler und Übersiedler andere Elemente einer ausreichenden Lebensgrundlage zu schaffen und sie in infrastrukturelle Maßnahmen einzubeziehen.

Europawahl

Auch Deutsche in der Schweiz können am 18. Juni wählen

Der Schweizer Bundesrat hat am 12. April 1989 die Ausübung des Wahlrechts der in der Schweiz lebenden Ausländer liberalisiert.

Damit können nun auch Deutsche, die sich in der Schweiz aufhalten, an Abstimmungen in der Bundesrepublik Deutschland per Briefwahl teilnehmen. Sie kön-

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

2. Nur die erstmalige Wohnsitznahme wird beschränkt, nicht die Möglichkeit, sich in Form von Reisen frei im Bundesgebiet zu bewegen bzw. jederzeit frei auf Wohnungs-, Arbeitsplatz- oder Ausbildungsplatzsuche zu gehen.

3. Die Einschränkung der Freizügigkeit ist begrenzt auf Fälle, in denen der Betroffene

— nicht auf Grund eingehender Beratung freiwillig Ballungsgebiete meidet,

— noch keine Wohnung und noch keinen Arbeitsplatz gefunden hat.

Die Bundesrepublik Deutschland hat es unter den noch zu spürenden Folgen des Zweiten Weltkrieges fertiggebracht, in ihren Gründungsjahren über acht Millionen Vertriebene und über drei Millionen Landsleute aus dem anderen Teil Deutschlands aufzunehmen und einzugliedern.

Ich bin sicher, daß es uns unter den heute viel günstigeren materiellen Voraussetzungen gelingen wird, auch die jetzt noch zu uns kommenden Deutschen in Würde aufzunehmen und bei uns bald heimisch werden zu lassen. ■

nen ihren Stimmzettel direkt in die Bundesrepublik oder auch an die zuständige Botschaft oder konsularische Vertretung schicken.

Bei dieser Gelegenheit wird im Hinblick auf die Europawahl auf den Stichtag 28. Mai 1989 hingewiesen. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen Anträge zur Eintragung in das Wählerverzeichnis bei der zuständigen Gemeinde (in der die Wahlberechtigte zuletzt gemeldet war) eingegangen sein.

Antragsvordrucke sind erhältlich bei den Botschaften und Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland, beim Bundeswahlleiter in 6200 Wiesbaden (Postfach 55 28) oder den örtlichen Wahlleitern.

In der Bundesrepublik Deutschland ist 1985 das Bundeswahlgesetz dahingehend geändert worden, daß auch im Ausland lebende deutsche Staatsbürger wahlberechtigt sind. Erstmals konnten sie bei der Bundestagswahl 1986 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Aus Geldvermögen 4000 Mark pro Haushalt

Die Bundesbürger verdienen immer mehr Geld an ihren Vermögen. Im Jahr 1987 erzielte jeder Haushalt im Schnitt 4.000 Mark an Zinsen, Ausschüttungen oder Erträgen aus Geldanlagen bei Lebensversicherungen oder Pensionskassen. Insgesamt wurden 109 Millionen Mark aus einem Geldvermögen in Höhe von 2,4 Billionen Mark bezogen — das ist eine Zahl mit 12 Nullen oder eine Million Millionen.

Das Statistische Bundesamt gab bei der Veröffentlichung der Zahlen einen Vergleich mit 1950: Damals betrug das Geldvermögen der Bundesbürger gerade 25 Milliarden Mark, von denen eine Milliarde Mark oder weniger als 70 Mark pro Haushalt als Erträge flossen.

Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft Garant unserer Sicherheit

Grundlage einer Politik für die Soldaten der Bundeswehr sind Vertrauen und politischer Einsatz. Als klassische Partei der Sicherheit und des Selbstbehauptungswillens der deutschen Demokratie ist die CDU von Anfang an für die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Belange der Bundeswehr eingetreten. Sie wird auch in einer Zeit, in der sich die sicherheitspolitische Lage zu verändern beginnt, allen Versuchen entgegnetreten, die Soldaten der Bundeswehr moralisch, politisch, gesellschaftlich und sozial auszugrenzen. Paul Breuer, Beauftragter der CDU für die Bundeswehr, auf einer Pressekonferenz in Bonn: Die Bundeswehr wird auch in Zukunft Garant unserer Sicherheit bleiben.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren die Bundeswehr zielstrebig und erfolgreich gestärkt. Sie kann auf eine gute Bilanz ihrer Politik für die Soldaten bauen. Sie hat dafür gesorgt, daß die Bundeswehr heute stärker, einsatzbereiter und kampfkraftiger ist als zur Zeit der Regierungsübernahme: Sie hat die Personallage bei der Bundeswehr spürbar verbessert, zusätzliche Leistungen für Soldaten im sozialen Bereich durchgesetzt und bei Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr wichtige Fortschritte erreicht.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat den von ihren Vorgängern hinterlassenen Scherbenhaufen wegearbeitet und wesentliche Verbesserungen durchgesetzt: Dazu gehören z. B. die Wiedereinführung von Spitzendienstgraden und Verpflichtungsprämien, die die Sozialde-

mokraten abgeschafft hatten. Als weitere Maßnahmen sind neben vielen anderen zu nennen: Die Neuregelung der Dienstzeit der Soldaten, die Erhöhung der Zahl der Längerdienenden um 15000, Wehrsolderrhöhungen im Zwei-Jahres-Rhythmus, die Absicherung der Zeitsoldaten gegen Arbeitslosigkeit, die zahlenmäßige Erhöhung der Beförderungsstellen und die Anhebung der Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz.

Diese Politik für die Soldaten wollen wir in den nächsten Jahren ausbauen. Erforderlich sind dabei deutliche Schwerpunkte, die den Anliegen der Soldaten in besonderer Weise gerecht werden. Unzumutbare soziale Härten müssen abgebaut werden, damit der Beruf des Soldaten ein Beruf mit Zukunft bleibt.

1 Die mit dem Grundwehrdienst verbundenen Lasten für die Wehrpflichtigen und ihre Familien müssen materiell akzeptabler gemacht werden. Dem Vorwurf der „Gammelei“ muß durch gezielte Maßnahmen der Boden entzogen werden.

2 Die Attraktivität des Arbeitsplatzes Bundeswehr muß verbessert werden. Die zunehmende Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft erfordert erhebliche Anstrengungen, den Beruf des Soldaten attraktiv zu erhalten und für die 90er Jahre wettbewerbsfähig zu machen. Die mit dem Soldatenberuf verbundenen besonderen Härten für die Familien müssen soweit wie möglich abgebaut und materiell ausgeglichen werden.

Paul Breuer: Als Beauftragter der CDU für die Bundeswehr schlage ich als vordringliche Maßnahmen folgende Verbesserungen vor:

für Soldaten im Grundwehrdienst

- die Verbesserung der Unterhaltssicherungsleistungen für verheiratete Grundwehrdienstleistende. Dazu gehören ein Überbrückungsgeld für den ersten Monat zwischen der Entlassung und der Wiederbeschäftigung, die Einführung eines Weihnachtsgeldes und einer Beihilfe für eine Baby-Erstausrüstung;
- Erstattung von Mietnebenkosten für unverheiratete Grundwehrdienstleistende;
- die Verbesserung der Familienheimfahrten für Wehrdienstleistende durch kostenlose Benutzung aller EC/IC-Züge ohne Kilometerbegrenzung sowie eine monatliche Entfernungszulage, mit der die Nahverkehrskosten für Familienheimfahrten an Wochenenden pauschal und nach Entfernung gestaffelt abgegolten werden;
- Einführung des Zählkindergeldes in Verbindung mit den beabsichtigten familienpolitischen Verbesserungen der Regierungskoalition;
- eine „Weiterbildungsoffensive“ zur Erlangung ziviler und militärischer Qualifikationen;

für Wehrübende

- die Gleichstellung der Wehrübenden aus der privaten Wirtschaft mit denen aus dem öffentlichen Dienst (Einkommen und Rentenversicherung);

für Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit

- die Verbesserung der Laufbahnerwartungen für Soldaten auf Zeit. Dazu gehören der Wegfall der Besoldungsgruppe A1 und die Einführung des Spitzendienstgrads A5 für längerdienende Mannschaften, die Verbesserung der Stel-

lenschlüssel für Stabsunteroffiziere und Oberfeldwebel sowie mehr Planstellen für Spitzendienstgrade der Unteroffiziere;

- Verbesserungen im Umzugskostenrecht durch erhöhte Pauschalvergütungen und die Ausdehnung und die Flexibilisierung der Trennungsgeldzahlung;
- Neukonzeption einer gezielten und frühzeitigen Vorbereitung der als Unteroffiziersdienstgrade ausscheidenden Zeitsoldaten auf den Zivilberuf;
- Verbesserung für ins Ausland kommandierte Soldaten durch die Anhebung der Auslandsdienstzulage;

Diesen Katalog vordringlicher Maßnahmen wird die CDU als Forderung in die Beratungen der Koalition über die kommenden Bundeshaushalte einbringen. Darüber hinaus wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Diskussion über die soziale und gesellschaftliche Lage der Soldaten nach der parlamentarischen Sommerpause durch eine Anhörung vertiefen.

Die CDU setzt sich für verbesserte Beteiligungsrechte der Soldaten ein. In der kommenden Woche veranstaltet die Konrad Adenauer-Stiftung in Verbindung mit Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Vertrauensmännern aus der Bundeswehr eine Konferenz zum Thema „Beteiligungsrechte der Soldaten“. Diese Konferenz bietet eine wichtige Grundlage für die Vorbereitung der Anhörung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages am 14. Juni 1989.

Klar ist: Wir können der Bundeswehr nicht jeden Wunsch erfüllen, aber die CDU wird weiterhin die erforderlichen Mittel zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und zur sozialen Absicherung der Soldaten bereitstellen.

Die Lage der Soldaten und ihrer Familien verbessern

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 27. April 1989 festgestellt, daß der Erfolg unserer Abrüstungsanstrengungen davon abhängt, daß wir gemeinsam im Bündnis unsere Sicherheit glaubwürdig gewährleisten können. Im Sinne des Harmelberichtes ist es deshalb notwendig, die Einsatzbereitschaft sowie die Ausbildung und Ausrüstung der Bundeswehr modern und auf einem hohen Stand zu halten, stellt Bernd Wilz, MdB, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Der Beauftragte des CDU-Bundesvorstands für die Bundeswehr, Breuer, hat in einer Pressekonferenz am 5. Mai 1989 einen Katalog vordringlicher Maßnahmen der CDU als Partei-Forderungen für die Beratungen der Koalition über die kommenden Bundeshaushalte vorgestellt. (Siehe auch an anderer Stelle dieser Ausgabe.)

Nach eingehenden Beratungen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister der Verteidigung ist ein Forderungskatalog der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik konkretisiert worden, in dem u. a. gefordert wird:

- einen verstärkten Mittelansatz für die Öffentlichkeitsarbeit auf den Gebieten der Sicherheitspolitik und für die Bundeswehr (50 Mio.);

- eine Steigerung der Mittel für Forschung und Entwicklung unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Modernisierung der Waffensysteme, insbesondere für die Teilstreitkräfte Heer und Marine ab Mitte des nächsten Jahrzehnts;

- eine Überprüfung des Mittelansatzes für Infrastrukturmaßnahmen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der bereits beschlossene NATO-Anteil größer ist als der deutsche Anteil mit der Folge, daß auf den Gebieten Umweltschutz und vor allem Verbesserung der Truppenunterkünfte (Kaserne 2000) die notwendigen Programme reduziert werden müssen;

- auf dem Gebiet Personal die Realisierung des zweiten Strukturschritts zum Einstieg in die Heeresstruktur 2000; ein weitergehendes Schließen der Schere zwischen Dienstposten und Planstellen vor allem im Bereich der Offiziere des militärfachlichen Dienstes und der Unteroffiziere mit Portepée sowie eine deutliche Stellenanhebung zur weiteren Verringerung der Probleme der sogenannten Hammelburger Hauptleute (1990—1992 ca. 70 Mio.);

- zur Realisierung der Reservistenkonzeption eine bessere Führerdichte zur Ausbildung von Wehrpflichtigen und Reservisten sowie Mittel für Leistungszuschläge für Wehrübungen (17 Mio. für 1990) und Gleichstellung der Wehrübenden (8. USG-Novelle 41 Mio. 1990);

- schließlich die baldige gesetzliche Regelung für die Verbesserung der zivilberuflichen Aus- und Fortbildung für längerdienende Zeitsoldaten, insbesondere die Kämpfer des Heeres sowie der Sicherungstruppe der Luftwaffe und der Marine (Lex-Kämpfer);

- dazu eine Erweiterung und Qualitätsverbesserung für dienstzeitbegleitende, zivilberuflich anerkannte Ausbildungs-

maßnahmen auch für die Wehrpflichtigen;

- eine grundlegende Überprüfung der Zulagenstruktur der Soldaten, dabei auch die Lösung des aktuellen Problems der Stellenzulage und der Berufsförderungsmaßnahmen für Flugzeugführer.

Das sog. Attraktivitätspaket, das vom Generalinspekteur der Bundeswehr erarbeitet worden ist, umfaßt auch folgende Maßnahmen

- Erhalt der im Zusammenhang mit W 18 beschlossenen Verbesserung der Unterhaltssicherheitsleistungen (9. USG-Novelle);
- Rechtsschutz für grundwehrdienstleistende Militärkraftfahrer (1990-1993 1 Mio.);
- Verbesserungen bei Familienheimfahrten;
- Intensivierung der Wehrdienstberatung;
- verstärkte Nachwuchswerbung und anderes mehr.

In den Gesprächen auf der Hardthöhe und beim Bundeskanzler wurde Einigkeit darin erzielt, daß dieses Paket mit einem Gesamtvolumen von ca. 300 bis 400 Millionen im Einstiegsjahr 1990 realisiert werden sollte, nachdem der Bundesminister der Finanzen der vorliegenden Resortanmeldung insgesamt zustimmt hat.

Der Bundeskanzler teilte die Auffassung der Arbeitsgruppe nachdrücklich, daß in den nächsten Jahren vorrangig für den Soldaten gesorgt werden muß — im Zweifel mit Priorität für das Heer —, und sagte zu, den Bundesminister der Verteidigung bei Realisierung dieser Forderung gegenüber dem Bundesminister der Finanzen zu unterstützen. Die mit seiner Unterstützung für den Haushalt 1989 erreichte Tendenzwende wird nach Auf-

fassung des Bundeskanzlers keine einmalige Aktion für den Verteidigungshaushalt bleiben. Der Einzelplan 14 wird auch künftig an der Steigerung des Bundeshaushalts angemessen teilhaben.

Die zur Deckung des Personalbedarfs in den 90er Jahren erforderliche Motivations- und Attraktivitätssteigerung kann aber nicht nur durch finanzielle Zuwendungen erreicht werden. Es ist bedauerlich, daß nach wie vor eine Vielzahl junger Wehrpflichtiger während ihres 15monatigen Grundwehrdienstes einen Verlust an Motivation feststellen und entsprechend zu Negativ-Multiplikatoren in der Öffentlichkeit werden können. Die in den vergangenen Jahren getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Befähigung in Menschenführung und Durchführung der Ausbildung wirken leider noch nicht in vollem Umfang in allen Einheiten und Garnisonen. Der Kampf gegen den „Gammeldienst“ muß verstärkt weitergeführt werden durch eine sinnvolle und fordernde Dienstgestaltung und weitergehende zivilberufliche Nutzung der militärischen Ausbildung.

Weitere Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel

- Einführung des Zählkindergeldes (50 Mio.);
- Schaffung der Möglichkeit, auch für Soldaten, Erziehungsurlaub zu erhalten;
- Erziehungsgeld für im Ausland lebende Soldatenfamilien;
- Verbesserung des Umzugskostenrechts sowie intensive Kontakte aller politischen Ebenen zu unseren Soldaten helfen mit, den Soldaten wieder das Ansehen zu geben, das ihnen aufgrund ihres Dienstes, insbesondere bei den Wehrpflichtigen für die Erhaltung von Frieden und Freiheit gebührt.

„Deutschland am Wochenende“ erscheint am 2. Juni

Eines der wichtigsten Wahlkampfmittel ist die Zeitung „Deutschland am Wochenende“, die am 2./3. Juni von der gesamten Partei verteilt wird. Haben Sie sich schon bei Ihrem Ortsvorsitzenden gemeldet, um bei der Verteilung mitzuhelfen? Gemeinsam macht eine solche Wahlkampfaktion Spaß und je mehr Mitglieder helfen, desto sicherer und schneller erreicht die attraktive Zeitung die Wähler.

Für Rheinland-Pfalz gilt wegen der gleichzeitigen Kommunalwahlen eine Sonderregelung, die Ihnen Ihr Kreisverband mitteilen wird. Aber auch in den anderen Gebieten gibt es Regionalausgaben, die die Zeitung noch interessanter und attraktiver machen.

Die Redaktion hat ihre Arbeit begonnen, die Druckmaschinen stehen bereit, machen auch Sie am Wochenende 2./3. Juni mit.

Gelöbnisfeier in Bergkamen

IG Bergbau läßt die Rekruten nicht im Stich

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Gelöbnisfeier von Rekruten auf der Schachtanlage Monopol in Bergkamen und bedankt sich ausdrücklich bei der IG Bergbau und Energie für die Unterstützung.

Mit seiner Festrede hat der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Heinz-Werner Meyer, ein Bekenntnis zur Rolle des Bergbauers in Uniform abgelegt. Die Gewerkschaft hat mit diesem Akt nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Überwindung des Isolierungsgefühls mancher Soldaten geleistet, sondern zugleich nach dem ungeheuerlichen Aufruf zur „massenhaften hundertausendfachen Kriegsdienstverweigerung“ einiger Einzelgewerkschaften den Versuch einer Scha-

densbegrenzung mit dem Schulterschuß zwischen Arbeitnehmern und Soldaten unternommen.

Jürgen Rüttgers, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Andere Gewerkschaften sollten sich ein Beispiel an diesem Verhalten nehmen, denn auch die 330 Bundeswehrsoldaten in Unna, die auf der Zeche ihren Treueeid ablegten, sind Teil unserer Gesellschaft und sichern unseren Frieden. ■

Rot-radikaler Senat: Rekordverschuldung

Der neue rot-radikale Senat in Berlin will in einem Nachtragshaushalt zur Finanzierung seiner Regierungspolitik zusätzliche Schulden in Höhe von 382 Mio. DM aufnehmen. Dadurch steigt die Nettokreditaufnahme Berlins für dieses Jahr auf die Rekordverschuldung von mehr als 1,163 Mrd. DM.

Im deutschen Interesse:

Großes Europa, große Zukunft.

1. Europa sichert unsere Arbeitsplätze. Über die Hälfte unseres Exports geht in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Bereits heute sichert die EG jeden fünften Arbeitsplatz. Europa lohnt sich für uns Deutsche.

2. Europa sichert unseren Wohlstand. 1992 fallen die Grenzen in der EG und der Europäische Binnenmarkt wird endgültig Wirklichkeit. D. h. freie Fahrt für deutsche Qualitätsprodukte und Qualitätsarbeit auf dem großen Europäischen Markt mit 320 Millionen Verbrauchern. Das bringt neuen Schwung in unsere Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze.

3. Europa sichert unsere Zukunft. Kein europäisches Land könnte heute allein die finanziellen Mittel aufbringen, die für die Erforschung und

Entwicklung neuer Spitzentechnologie nötig sind. Nur wenn wir in Europa zusammenarbeiten, bleiben wir international wettbewerbsfähig.

4. Mehr Umweltschutz in ganz Europa. Wir haben heute die strengsten Umweltschutzbestimmungen in ganz Europa. Aber Wind und Wasser transportieren Abgase und Schmutz über die Grenzen hinweg. Deshalb müssen alle europäischen Länder die strengen deutschen Umweltvorschriften einführen.

5. Mehr Frieden durch Europa. Seit 40 Jahren leben wir in Frieden in Europa. Wir wollen die politische Union Europas. Als starker Partner der USA haben wir die Chance für Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit auch mit unseren osteuropäischen Nachbarn.

Christdemokraten bauen Europa

CDU

An die Briefwahl denken!
Anträge bei Ihrer
CDU-Geschäftsstelle



*Die
Zukunft*

Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.

Berliner Krawalle: Das ist rot-grüne Wirklichkeit

335 Polizisten verletzt. Millionenschäden. 12 Geschäfte geplündert, 18 total verwüstet; 95 Autos demoliert und ausgebrannt. Viele Bürger haben Angst.

Jeder Bürger muß wissen: Die SPD will rot-grüne Bündnisse überall in der Bundesrepublik Deutschland wie jetzt in Berlin. Der Pakt zwischen SPD und Grünen bedeutet: Krawalle, Gewalt und Straßenterror. Wirtschaftlicher Abstieg, Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Antwort darf nicht heißen, rechtsradikal zu wählen.

Denn Radikale von links und rechts gefährden Zukunft und Wohlstand in Deutschland und in Europa.

Dagegen hilft nur eins:

Die politische Mitte muß gestärkt werden. Deshalb am 18. Juni Ihre Stimme für die CDU.

Christdemokraten bauen Europa

CDU

An die Briefwahl denken!
Anträge bei Ihrer
CDU-Geschäftsstelle



*Die
Zukunft*

Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert.

Wieder im Angebot

Wasserball mit CDU-Aufdruck



Bestell-Nr.: 9778

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis je 25 Stück: 35,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

Flugblätter

Ein aktuelles und preiswertes Werbemittel zur Verteilung und für Ihren Informationsstand.

Jetzt, im Hauptwahlkampf, wird die Bundesgeschäftsstelle ihren Flugblattservice intensivieren. Ab sofort erhält ihr Kreisverband zu jedem Wochenende eine neue, aktuelle Flugblattvorlage. Melden Sie jeweils rechtzeitig bei der Kreisgeschäftsstelle Ihren Bedarf an. Die ersten beiden Flugblätter werden in diesem UID auf den Seiten 32 und 33 abgebildet.

Briefwahl – diesmal besonders wichtig!



Die Europawahl am 18. Juni fällt fast in die Ferienzeit. Da der 17. Juni ein Feiertag ist, werden viele Wähler das Wochenende für einen Ausflug nutzen. Wie Umfragen zeigen, halten viele Bürger ohnehin die Europawahl nicht für besonders wichtig.

Alles gute Gründe, unsere Wähler auf die Möglichkeit der Briefwahl aufmerksam zu machen, damit uns keine Stimme verlorengeht.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat einen Briefwahlprospekt entwickelt, der es jedem ganz leicht macht, die Briefwahlunterlagen zu beantragen. Sogar der Briefumschlag ist schon dabei.

Und natürlich haben wir auch an die Landesverbände gedacht, die gleichzeitig Kommunalwahlen haben. Mit der Sonderausgabe für das Saarland und Rheinland-Pfalz kann man zugleich die Kommunalwahlunterlagen anfordern.

Briefwahlprospekt Europa '89

Mindestabnahme: 500 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

45,— DM zuzügl. MwSt.

Bestell-Nummer: 2149

Sonderausgabe für Rheinland-Pfalz
und Saarland

Bestell-Nummer: 2155

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

Telefon-Sonderansage zur Europawahl am 18. 6. 1989

Die Deutsche Bundespost hat zur Europawahl bis zum 18. Juni 1989 eine Telefon-Sonderansage eingerichtet.

Die Sonderansage wird bundesweit unter der Kurzrufnummer 11 66 bzw. 0 11 66 zur Ortsgesprächsgebühr erreichbar sein. Der vom hessischen Innenministerium erstellte Text mit aktuellen Informationen zum Thema „Direktwahl des Europäischen Parlaments“ am 18. Juni 1989 wird im 14tägigen Rhythmus jeweils freitags gegen 12 Uhr gewechselt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Mit seiner Stimme spielt man nicht!

In der Europawahl am 18. Juni 1989 wird über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland in Europa entschieden. Ohne die Europäische Gemeinschaft und den europäischen Binnenmarkt wären Zukunft und Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland verspielt. Linksradikale Grüne und rechtsradikale „Repu-

blikaner“ sind gegen die Europäische Gemeinschaft und gegen den Europäischen Binnenmarkt; sie lehnen das westliche Bündnis ab und befürworten einen neutralistischen Kurs der Bundesrepublik Deutschland; sie sind eine Gefahr für den inneren Frieden, die politische Stabilität und das Ansehen unseres Landes.

Well die SPD mit einem Teil der Radikalen, nämlich den Grünen, Koalitionen anstrebt und sie nach dem Vorbild von Berlin und Frankfurt zu einem Modell für die Bundesrepublik Deutschland machen will, ist die SPD mitverantwortlich für das Erstarken des Radikalismus. Die SPD will mit den Radikalen koalieren und von Radikalen parteipolitisch profitieren. Der Pakt zwischen SPD und Grünen bedeutet: Marsch in den politischen Neutralismus, Rückschritt in Europa, Ausstieg aus modernen Technologien, wirtschaftlicher Abstieg, Wettbewerbsnachteile im Europäischen Binnenmarkt und Verlust von Arbeitsplätzen durch weniger Export. Sinkender Wohlstand und der Verlust der Zukunftsfähigkeit wären die Folge.

Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert. Deshalb ist es gefährlich, bei der Europawahl leichtfertig mit seiner Stimme umzugehen oder nicht zur Wahl zu gehen. Radikale Parteien müssen mit dem Stimmzettel gestoppt werden. Die politische Mitte dagegen muß gestärkt werden. Wer die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und ihren Wohlstand sichern will, muß Europa stärken, muß CDU wählen.

Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.

Christdemokraten bauen Europa

Wer rechtsradikal wählt,
wird links regiert!



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

16/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.